

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: **Karlheinz Kretsch**
Redaktions-Telefonnummer: 2241
Kurs für Nachzügler: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich vorzeitiger Bestellung von Haus 1,50 Mark.
Wochengebühr für Monat März 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig. Halbjährlich 20 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., anderwärts 25 Pf., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Cifrengebühren 50 Pf., Anzeigen für die Zeitungen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlag: **W. Kretsch**
Karlheinz Kretsch 38/42
Kauf und Verkauf von Zeitungen & Nachrichten in Dresden
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Abdruck nur mit drucklicher Genehmigung des Verlegers. — Überdrucke & Anzeigen werden nicht aufbewahrt.

Goldsteins Bericht an das Auswärtige Amt.

Neue deutsche Schritte erst nach Abschluß der russischen Voruntersuchung.

Das Schicksal der deutschen Verhafteten noch ungewiß.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. März. Das Auswärtige Amt gibt heute auf Grund der mündlichen Berichte, die Goldstein gemacht hat, einen informierenden Ueberblick über die Ergebnisse der schuldlos verhafteten deutschen Techniker, von denen sich drei immer noch im Tschelagefängnis in Moskau befinden.

Oberingenieur Goldstein wurde in der Nacht zum 6. März plötzlich verhaftet. Zugleich wurde eine eingehende Hausdurchsuchung veranlaßt, alle seine Sachen wurden genau durchsucht. Er wurde zunächst in das Gefängnis der nächsten Kreisstadt transportiert, in dem er 24 Stunden zubringen mußte. Von hier kam Goldstein nach Moskau am Ton und wurde im Tschelagefängnis bis zu seiner Freilassung, die am 17. März erfolgte, festgehalten.

Die Verhältnisse im Moskauer Tschelagefängnis

sind nach dem, was Goldstein jetzt darüber berichtet, ganz unglücklich gewesen. Mit einer ganzen Anzahl von anderen Gefangenen wurde Goldstein in einer kleinen Zelle eingesperrt. Die Zelle war voller Ungeziefer und voller Schmutz. Eine Reinigung der Zelle war anscheinend seit Jahr und Tag nicht mehr vorgenommen worden, niemand dachte auch daran, die Zelle, in denen sich die Opfer der Tschelabefindenden, jemals von dem hässlichen Schmutz und dem Ungeziefer reinigen zu lassen. Die Zelle hatte eine Länge von kaum 4 Meter und eine Breite von etwas über 1,5 Meter. In diesem Raum wurde Goldstein mit zusammen noch sechs Gefangenen eingesperrt gehalten. Wenn auch die Behandlung durch die Gefängniswärter an sich nicht schlecht gewesen sein soll, so hat Goldstein unter diesen unglücklichen Umständen doch so schwer gelitten, daß seine Gesundheit jetzt erschüttert ist. Während der ganzen Zeit, die er in diesem jeder Beschreibung hohen spottenden Gefängnis zubringen mußte, befand sich Goldstein in voller Unklarheit darüber, warum er denn eigentlich verhaftet wurde. Am 6. März war Goldstein verhaftet worden und erst am 14. März wurde mit ihm das erste Verhör angezettelt. Goldstein war jede Möglichkeit genommen, sich mit der Umwelt in Verbindung zu setzen. Ganz zweifellos bedeutet das einen

Verstoß gegen die Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrags.

Sie sehen vor, daß beide Teile die Verpflichtung haben, bei Verhaftungen Angehöriger des anderen Teiles sofort Nachricht über die Verhaftung zu geben und den Verhafteten die Gründe der Verhaftung mitzuteilen. Aufstand hat nun allerdings, um die Form zu wahren, als die Verhaftungen vorgenommen wurden, dem deutschen Botschafter die Tatsache an und für sich mitgeteilt, hat ihm aber keinerlei Mitteilungen darüber gegeben, aus welchen Gründen denn die Verhaftungen eigentlich erfolgten. Im deutsch-russischen Handelsvertrag ist vorgesehene, daß Verhaftete durch amtliche Vertreter ihres Heimatlandes aufgesucht werden können. Auch diese Verpflichtung hat Rußland nicht eingehalten. Es war, wie bekannt, weder der deutschen Botschaft noch dem deutschen Generalkonsul in Moskau möglich, mit den Gefangenen in Verbindung zu treten. Die Russen berufen sich nun zwar darauf, daß die Bestimmungen des Handelsvertrags nicht ohne weiteres einen solchen sofortigen Besuch vorsehen, sondern daß ausdrücklich vorgesehene sei, daß unter Umständen die Behörden im Stadium der Voruntersuchung einen Besuch ablehnen könnten. Die Russen sind auch jetzt noch nicht gewillt, die Frage der Zulassung eines deutschen Berichters für die Verhafteten zu erörtern, und wollen erst nach Abschluß der Voruntersuchung diese Frage erwägen.

Während der ganzen Zeit, die Goldstein im Gefängnis zubringen mußte, war es ihm trotz aller seiner Bemühungen, Klarheit zu erhalten, nicht möglich, von irgendeinem der Tschelabefängnisbeamten zu erfahren, aus welchen Gründen man ihn festhält.

Beim ersten Verhör

nun, das erst am 14. März stattfand, wurde ihm, allerdings nur ganz vage angedeutet, daß seine Verhaftung auf Grund eines Berichtes erfolgt wäre, der von einem Monteur an

Goldstein gegeben worden sei und in die Hände der G. P. U. gefallen war. Dieser Bericht des deutschen Monteurs stellt nichts weiter dar, als einen rein technischen Bericht an den Botschafter. Dieser Bericht ist nun einem Ueberseher übergeben worden, der ihn in geradezu gewissenloser Hast in russische Sprache so schlecht übersezt, daß bei dem starken Mißtrauen, mit dem die russischen Behörden den ausländischen Spezialisten gegenübersehen, aus dem auf das schwache herausgelesen werden konnten. Goldstein selbst sagte bei seiner Verhaftung vor dem Auswärtigen Amt, daß man aus einer solchen Uebersetzung vielleicht sogar Sabotage herauskonstruieren konnte.

Goldstein wies bei seiner Vernehmung sofort darauf hin, daß die

Uebersetzung eine ganz grobe Entstellung

sei und das Original etwas ganz anderes besage, als in der Uebersetzung zu lesen war. Das Original befand sich bei den beschlagnahmten Briefschaften Goldsteins und überzeugte die vernehmenden Sowjetbeamten tatsächlich davon, daß das Original nichts von den gefährlichen Absichten enthielt, die man in der Uebersetzung glaubte feststellen zu haben. Nachdem so jeglicher Verdacht gegen Goldstein zusammengebrochen war, wurde er am nächsten Tage in eine weniger schmutzige und auch von Ungeziefer freie bessere Zelle übergeführt und von nun an bis zu seiner Freilassung sogar mit einer gewissen Lebenswürdigkeit behandelt. Ebenso erging es dem freigelassenen Monteur Wagner. Ueber die übrigen Verhafteten jedoch, die jetzt noch in den verwahrlosten Zellen des Moskauer Tschelagefängnisses sitzen, liegen keinerlei Meldungen vor. Was eigentlich gegen sie an konkreten Beschuldigungen vorgebracht wird, weiß das Auswärtige Amt nicht. Auch Oberingenieur Goldstein konnte keinerlei Gründe dafür angeben, warum die deutschen Techniker noch in Haft gehalten werden. Die von den Sowjetbehörden

geführte Voruntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Wenn sie abgeschlossen ist, soll das Resultat dem deutschen Botschafter Graf Brodorski-Ranau mitgeteilt werden. Bis dahin können jedoch noch immer 10 bis 14 Tage vergehen, die die unglücklichen Opfer eines geradezu pathologischen Mißtrauens in den Schredenszellen der Tschelabefindenden müssen. Goldstein ist der Meinung, daß der Anlaß für seine Verhaftung der schlecht übersezte Bericht des Monteurs ist. Das Original besage, daß angeht des schlechten Zustandes, in dem sich gewisse Maschinen befänden, von den deutschen Technikern irgendeine Verantwortung nicht mehr übernommen werden könne. Diese Mitteilung ist nun von dem russischen Ueberseher so übertragen worden, als ob die Deutschen die Absicht hätten, die ordnungsmäßige Abnahme zu verweigern, damit irgend etwas passiere. Da sich aber das Original noch nicht in den Händen des Auswärtigen Amtes befindet, so kann es der Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet werden.

Die Tschelabehörden haben sowohl den Text des Originals als auch der Uebersetzung behalten.

Wenn nun auch die Verhaftung Goldsteins auf ein geradezu pathologisches Mißtrauen der russischen Behörden zurückzuführen ist, so läßt sich bis jetzt aber noch immer nicht mit Bestimmtheit sagen, ob der gleiche Grund auch für die übrigen Verhafteten gilt oder ob bei diesen irgendwelche andere Vorwände vorliegen.

Im Auswärtigen Amt

ist man jedoch in der seltenen Ansicht, daß die deutschen Techniker ganz schuldlos verhaftet worden sind, bekräftigt worden. Man will aber zunächst einmal das Ergebnis der gegen die drei noch in Haft befindlichen Deutschen geführten Untersuchung abwarten, ehe man sich über weitere Schritte schlüssig wird. — Jedenfalls wird die gesamte deutsche Öffentlichkeit von der Reichsregierung nur erwarten können, daß sie — wenn, was ja ganz gewiß ist, auch das Verfahren gegen die übrigen Deutschen schließlich eingestellt werden muß — energisch Genugtuung und Entschädigung für die verlangt, die so lange der Unbill der russischen Tschelabefindenden ausgeht waren.

Wieder Gerüchte über Tarifserhöhungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. März. Abermals laufen Gerüchte, daß eine Tarifserhöhung bei der Reichsbahn in absehbarer Zeit bevorstünde. Diese Gerüchte haben sich vornehmlich auf eine Neuherung des Generaldirektors Dachs von der Gruppenverwaltung Bayern der Reichsbahngesellschaft, der von der ungünstigen Finanzlage der Reichsbahn sprach und zum Ausdruck brachte, daß die Aussichten der Vermehrung einer Tarifserhöhung nicht besonders günstig seien. — Wie wir hierzu von der Reichsbahngesellschaft hören, hängen die Tarifserhöhungsabsichten vornehmlich mit der Lohnbewegung der Eisenbahner zusammen. Die Eisenbahnergewerkschaften haben bei ihren Lohnforderungen damit argumentiert, daß die Reichsbahn finanziell sehr wohl in der Lage sei, ihren Forderungen Genüge zu leisten. Die Reichsbahn glaubt indes, daß gemäß ihrer finanziellen Möglichkeiten eine weitgehende Erhöhung der Löhne eine ebenso große der Tarife noch sich ziehen müsse.

Ausdehnung des Skandals bei der Reichsbahn

Berlin, 24. März. Die bisherige Aufklärung der Vorgänge beim Reichsbahnzentralamt dürfte nur eine Episode eines viel größeren Komplexes von Verfehlungen darstellen. Diese Eindrücke haben sich bei weiterer Nachprüfung der Geschäfte der Beschaffungstelle des Reichsbahnzentralamtes ergeben. In diesem Zusammenhang werden Nachforschungen bei Firmen vorgenommen, die zum Teil in Berlin ihre Zentrale besitzen. Die Staatsanwaltschaft hat dem Oberbaurat Schulte wiederholt die Frage vorgelegt, ob ihm bekannt sei, daß unerlaubte Beziehungen zwischen Beamten der Beschaffungsbteilung und Privatfirmen beständen. Schulte hat sich zum Teil geweigert, Bekundungen zu machen. Im übrigen trifft die Meldung einer künftigen Entlassung des Angeklagten wahrscheinlich nicht zu. Oberbaurat Schulte dürfte noch nicht einmal suspendiert sein.

Im Schaffen der Wahlen.

Dr. Stresemann hat ein goldenes Wort gesprochen, als er auf dem Pressebankett sagte, daß eigentlich vierzehn Tage genügen müßten, um das Volk für den Wahlgang über die Absichten der Parteien aufzuklären. Aber so wahr der Gedanke ist, es wird auch diesmal bei dem frommen Wunsche bleiben. Die Parteien selbst sind nun einmal anderer Ansicht: sie können gar nicht früh genug anfangen mit dem Wahlkampf, wie die fast nur noch nach der Wählergunst schielende Arbeit im Parlament beweist. Und schließlich war doch auch die Rede des Außenministers, so beschaulich unpolitisch sie sich anhörte, im Grunde nichts anderes als eine Wahlrede des Führers der Deutschen Volkspartei. So wird denn auch die von ihm angeführte Steieranna zur Demagogie und zum Parteihack nicht ausbleiben. Zwar ist die große Mehrzahl der Wähler von vornherein festgelegt in ihrer politischen Meinung, sei es durch parteipolitische oder berufständische Organisation, sei es durch eine gefestigte persönliche Einstellung zu den politischen Dingen auf weltanschaulicher Grundlage. Aber daneben gibt es doch viel politisches Treibholz, das abgefangen werden kann. Millionen von Schwimmern, die nach ihrer Stimmung und nach dem letzten Eindruck von einer Partei zur anderen wechseln und schließlich das große Meer der gewohnheitsmäßigen Nichtwähler, die sich nur durch äußerste Aufpeisung der Volkseidenschaften anrütteln lassen. Leider sind es gerade diese unzuverlässigen Massen, die den Ausschlag des Pendels nach rechts oder links bestimmen, und die Parteien sind auf sie angewiesen. Sie sind so selbst Gefangene des demokratischen Parlamentarismus, und viele der Anklagen, die heute gegen den „Parteilismus“ geschleudert werden, treffen weniger die Parteien, als das System, in dem zu leben und zu arbeiten sie gezwungen sind. Nicht zuletzt auch der schwere Vorwurf von dem zunehmenden Einfluß der Plutokratie auf die Parteimechanik, auf den Dr. Stresemann ebenfalls anspielte mit seiner Anregung daß die Wählerstimmen nach dem Verhältnis der erreichten Stimmenszahl vom Staate erstattet werden sollten. Es soll damit der Einfluß des Geldes auf die Kandidatenstellung möglichst ausgeschaltet werden, der sich ganz zwangsläufig ergibt, wenn berufliche oder wirtschaftliche Interessentenverbände zur Vereinfachung von Wahlaeldern angefordert werden müssen. Natürlich sind dann diese in der Lage, durch Gegenforderungen, hauptsächlich durch die Empfehlung gewisser Kandidaten, ihre Eigeninteressen in den Parlamenten zur Geltung und schließlich zur Herrschaft zu bringen. Diese verhängnisvolle Erscheinung ist das Gegenteil der von der Verfassung gewollten Volksautorität, und der Außenminister hat ganz recht, wenn er meint, daß sie ausgemerzt werden muß. Nur sagt sein, übrigens auch aus technischen Gründen schwer durchführbarer Vorschlag das Uebel nicht an der Wurzel; denn die Korruptionsgefahr, auf die er hinweist, kann nur mit dem System selbst, in dem sie gedeiht, wirksam ausgeschaltet werden. Also etwa auf dem Wege, den die Deutschnationalen in ihren Vorschlägen für die Reichsreform gezeigt haben.

Aber auch abgesehen von diesen Auswüchsen geht die zurzeit in Gang befindliche interne Wahlvorbereitung der Parteien wieder in Formen vor sich, die bei den angeblich souveränen Wählern Verstimmung erregen muß. Wie die Kardinalie bei der Papstwahl im hermetisch abgeschlossenen Kartause, tagen nunmehr die Parteikonventikel und brüten die Wahllisten aus. Dabei legt es natürlich überall schwere Kämpfe ab zwischen den einzelnen Parteirichtungen und mit den außerparlamentarischen Kräften, die ihren Einfluß geltend machen. Nur selten dringt davon etwas in die Öffentlichkeit, wenn etwa Joseph Birly von seinen Zentrumsbrüdern in die Grube geworfen wird, oder wenn sich 35 Wahlfreie um den Namen Dr. Stresemanns reihen, um damit die Spitze der volksparteilichen Wahlliste zu zieren. Sonst aber herrscht Grabesstille, bis eines Tages die fertige Liste den ahnungslosen Wählern präsentiert wird, die sie dann wohl oder übel schlucken müssen, ob ihnen dieser oder jener Name gefällt oder nicht. Freilich, die Hauptschuld liegt auch hier wieder am Wahlsystem, das die Herrschaft der Parteibürokratie bis zu einem unerträglichen Absolutismus ausgebaut hat; aber die Parteien haben bis zuletzt auch keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, um durch eine Reform des Wahlsystems den Volkswillen wieder in seine Rechte einzufügen. Immerhin gibt das wenigstens, das über die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien bekannt wird, wichtige Fingerzeige für ihre Absichten während des Wahlkampfes und nachher.

Am klarsten liegen die Dinge bei der Sozialdemokratie. Sie hat in jahrelangem Oppositionskampf, unbeschwert von jeder Verantwortung, die Saat vordereitet, auf deren Ausgange sie jetzt wartet. Die Spaltung in der kommunistischen Partei soll ihr großen Zulauf verschaffen, und außerdem hofft man im Parteibüro, unter der Zentrumsarbeitserschaft einen ausgebliebenen Fiskus verankern zu können. Bezeichnend dafür waren die Lobeshymnen der